

K.O.B.R.A.

Koordination & Beratung für Repressionsschutz & Antirepression



**Generalbundesanwalt
beim Bundesgerichtshof**

**Beschluss des Oberlandesgerichtes Frankfurt zu
Polizei- und Justizmethoden in Gießen**

**Notwendigkeit einer Sachaufklärung und
entsprechender Konsequenzen,
hier: Ermittlungsverfahren und strafrechtliche
Aufarbeitung der Straftaten von RichterInnen und
PolizeibeamtInnen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

das OLG Frankfurt hat in einem Beschluss vom 18. Juni 2007 (Az. 20 W 221/06) zu einem umfangreichen Polizeieinsatz mit nachfolgenden mehrfachen Entscheidungen Gießener RichterInnen festgestellt, dass die dort angewandten Methoden eine Ähnlichkeit zum Rechtsverständnis aufweisen, gezielt wider besseren Wissens politisch unerwünschte Personen beschuldigt und inhaftiert wurden und eine weitere Aufklärung notwendig sei.

Wir haben daraufhin eine genauere Zusammenstellung der bei diesen Ereignissen rund um den 14.5.2006 beteiligten Personen aus Polizei und Justiz sowie ihre strafbaren Handlungen erstellt und möchten Ihnen diese zusammen mit dem OLG-Urteil zukommen lassen.

Die Aufklärung der Vorgänge um den 14.5.2006 ist bislang verweigert worden. Alle dem Oberlandesgericht vorgelegten Informationen sind mühselig von uns selbst ausgewertet worden. Zwar haben wir bereits vor einem Jahr Strafanzeigen gegen die meisten der Beteiligten eingereicht, bislang ist daraus aber keinerlei Konsequenz ablesbar. Wir halten es auch für unwahrscheinlich, dass ausgerechnet die in das Geschehen verwickelte Staatsanwaltschaft Gießen hier aufklärend tätig wird. Ebenso ist die Unabhängigkeit des hessischen Oberstaatsanwaltes fraglich, da die bisherigen Erkenntnisse dafür sprechen, dass Minister der Landesregierung in die Abläufe verwickelt sind. Daher möchten wir uns an Sie wenden, um auf diesem Wege zu erreichen, dass eine strafrechtliche Aufarbeitung der Vorgänge erfolgt. Wir halten es für notwendig, dass Sie prüfen, ob das Verfahren nicht auf Ihrer Ebene weitergeführt werden muss.

Zudem muss sichergestellt sein, dass RichterInnen und BeamtInnen, die an solchen Taten beteiligt waren, nicht weiter über die Freiheit oder Tatverdacht/Schuld von Menschen entscheiden dürfen.

M

Jörg Bergstedt, Aktivist bei K.O.B.R.A.
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen

Datum: 30.06.07

**Absender:
K.O.B.R.A.
Koordination & Beratung
für Repressionsschutz &
Antirepression**

Hinweis:
Die Gruppe K.O.B.R.A. gibt es nicht. Vielmehr ist es eine Anlaufstelle, in der Menschen mit ihren Ideen aktiv werden können. Ziel ist, Informationen über Repressionsmethoden und emanzipatorische Alternativen zu veröffentlichen und Menschen zu helfen, sich gegen die Übergriffe von Polizei und Justiz zu wehren. Der Text entstand in der Projektwerkstatt. Die ist ein Haus, ein offenes politisches Zentrum ohne Leitung und vertritt als „Projektwerkstatt“ keine Position nach außen. Alle in der Projektwerkstatt aktiven Personen und Gruppen sprechen nur für sich selbst, es gibt auch hier keine Gruppe mit dem Namen „Projektwerkstatt“, nicht einmal irgendeine Runde von Menschen, die sich unter diesem Titel trifft.

**Gegen Stellvertretung und
kollektive Identitäten!
Für Autonomie und Koopera-
tion!**



**K.O.B.R.A.
c/o Projektwerkstatt**

Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen-Saasen
Tel. 06401/90328-3, Fax -5
Handy 0174/7640667

E-mail: kobra@projektwerkstatt.de
www.projektwerkstatt.de/kobra

Bahnhof: Saasen
(Linie 635: Saasen - Fulda)
(Bus 5100: Gießen - Grünberg)

Seite 222